

Notfallplanung für Finanzkolosse unerlässlich

Club FDP 2000 Professor Peter V. Kunz referierte in Solothurn zur «Too big to fail»-Problematik aus der Optik eines liberalen Kleinstaates

VON BEAT NÜTZI

Um die Existenz des liberalen Kleinstaates Schweiz nicht zu gefährden, sei es zwingend nötig, dass sich Grossunternehmen der Finanzbranche mit einer Notfallplanung auf einen möglichen Crash vorbereiten: Das betonte der aus Dulliken stammende Peter V. Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern, vor dem Club FDP 2000, der Sponsorenvereinigung der FDP des Kantons Solothurn, die in der «Krone» Solothurn ihr Jahrestreffen abhielt. Kunz hatte gute Gründe für die Forderung nach einem Notfallkonzept, denn seinen Worten zufolge ginge die Schweiz Konkurs, wenn ein Finanzkoloss wie die UBS stürzen würde. Und die Schweiz verfüge im Finanzsektor über einige Grossunternehmen, die «too big to fail» seien, also «zu gross, um scheitern zu dürfen». Sie seien sogar «too big to be rescued» – «zu gross, um gerettet werden zu können».

Rettungsschirm für VIP

Der Fall UBS habe gezeigt, dass in einer Krise der Zeitfaktor von zentraler Bedeutung sei: «Bei einer Rettungsaktion muss innert 24 bis 48 Stunden gehandelt werden.» Deshalb sei Vorsorge nötig. Ähnlich dem heutigen «Kriegsregister» sei in einem «Geheimregister» festzulegen, welche Teile eines Grossunternehmens bei einem Crash gerettet werden müssten. Das bedeute, so Kunz: «Bei einer Rettungsaktion erhalten die VIP (Very Important Parts) einen Fallschirm, den Rest lässt man abstürzen.» Schliesslich gehe es primär darum, die systemrelevanten Funktionen sicherzustellen. Die Vorbereitungen seien so zu treffen, dass im Notfall quasi auf Knopfdruck gehandelt werden könnte.

Peter V. Kunz ist der Auffassung, dass das aktuelle Konzern- und Konkursrecht nicht ausreiche, um die

Problematik von «too big to fail» (TBTF) lösen zu können. Auch die von alt Bundesrat Christoph Blocher eingebrachte Holdingstruktur helfe aus konzernrechtlichen Gründen nicht weiter. Kunz gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass eine sachgerechte Lösung nicht an der Überforderung und Beeinflussbarkeit gewisser Politiker/innen scheitern werde. Wenn, wie bei der Lösung der TBTF-Problematik, eine stärkere Regulierung nötig sei, müssten auch Liberale Mut zum Handeln zeigen. Denn hier funktioniere die Selbstregulierung nicht. Ein TBTF-Finanzinstitut ohne Notfallkonzept sei wie ein Kernkraftwerk ohne Notfallplanung. Und das könne man nicht zulassen. Denn das wäre unverantwortlich.

Wider einheitliches Aktienrecht

Im Weiteren unterstrich der mediengewandte Professor, der im Kanton Solothurn einst als Jungliberaler, Gemeinde- und Kantonsrat tätig war, dass die Schweiz in wirtschaftlicher Hinsicht ein ausgesprochenes KMU-Land sei. Doch das Aktienrecht sei auf Grossunternehmen ausgerichtet. Hier dränge sich im Interesse der KMU eine Änderung auf, denn ein Kleinunternehmen sei nicht mit der UBS oder mit Novartis zu vergleichen. Deshalb könnten nicht alle über den gleichen Leist geschlagen werden. Die Einheit des Aktienrechts als heilige Kuh müsse geschlachtet werden.

Hinsichtlich der Revision des Aktienrechts betonte Kunz, man solle sich auf das Wesentliche konzentrieren und nicht Scheinprobleme wie die «Abzockerei» in den Vordergrund stellen. Und grundsätzlich solle im liberalen Kleinstaat Schweiz die Devisen lauten, Markt statt Heimatschutz – auch wenn das hin und wieder schwer falle. Ausserdem sei es sein Wunsch, so Kunz weiter, dass es mehr «Miteinander» als «Versus» gebe, denn das sei für



Macht den Finanzkonzernen Dampf: Professor Peter V. Kunz. zvg

das Überleben des liberalen Kleinstaates Schweiz unabdingbar.

Weshalb in den USA tätig?

In der anschliessenden Diskussion stellte sich Kunz verschiedenen Fragen aus dem Publikum. Die meisten drehten sich um die Vorgänge rund um das UBS-Desaster. Zur Frage, weshalb die

UBS überhaupt in den USA tätig sei, obwohl sie dort keine Gewinne erziele, meinte der Referent, dass sich eine grosse Universalbank wie die UBS wohl alleine aus Imagegründen zu einem Engagement auf dem amerikanischen Kontinent veranlasst sehe. Die gestellte Frage müsste man eigentlich an die Aktionäre weiterleiten.

Ausblick auf Wahljahr 2011

Nach dem Referat übernahm Club-Präsident Hans Büttiker (Dornach) das Zepter. Er überreichte dem Präsidenten der FDP-Kantonalpartei, Christian Scheuermeyer (Deitingen) einen Check in der Höhe von 35 000 Franken. Dieser Zustupf sei nötig, damit die Partei ihren Verpflichtungen nachkommen könne, unterstrich Scheuermeyer, der sich für das Engagement des Clubs FDP 2000 bedankte. Zuversichtlich äusserte er sich im Hinblick auf das kommende Wahljahr. Nach einer personellen Erneuerung sei in der Partei ein «guter Spirit» festzustellen. Auch politisch sei die FDP des Kantons erfolgreich, was die beiden zustande gekommenen Volksinitiativen zu den Tagesstrukturen für Schulen und betreffend Bürokratieabbau für KMU bewiesen. Ausserdem leisteten zahlreiche FDPLer an der Basis im Interesse der Öffentlichkeit und des Gemeinwohls wertvolle Arbeit, darunter 60 Gemeindepräsidenten. Der Fahrplan für die eidgenössischen Wahlen im nächsten Jahr sehe vor, dass die Nomination für die Ständeratswahlen am 11. Januar 2011 erfolge und jene für die Nationalratswahlen an einer Delegiertenversammlung Ende März. Für die Ständeratswahlen seien bis jetzt zwei Personen bekannt: Nationalrat Kurt Fluri (Solothurn) und alt Regierungsrätin Ruth Gisi (Hochwald). Für die Nationalratswahlen, für welche bis Ende Januar Anwärter/innen gemeldet werden könnten, seien zwei Listen mit insgesamt 14 Kandidierenden vorgesehen. Ausserdem habe man mit der BDP eine Listenverbindung beschlossen, um beste Voraussetzungen für das Erreichen des Wahlzieles zu schaffen. Die FDP wolle ihren Sitz im Ständerat verteidigen und zwei Nationalratssitze erringen.

Die nächsten Veranstaltungen des Clubs FDP 2000 finden wie folgt statt: 28. März und 5. Juli 2011: Parlamentariersgespräche; 10. November 2011: Jahresabschlusstreffen.

Budget kommentarlos genehmigt

Synode Die 81 Stimmberechtigten der römisch-katholischen Kirchgemeinden des Kantons Solothurn zeigten sich mit dem Synodalrat einig: Sie genehmigten kommentarlos sämtliche Anträge zum Budget 2011.

VON AGNES PORTMANN-LEUPI

2011 profitieren die Kirchgemeinden (der römisch-katholischen Synode von «Geschenken»: Ihre zu leistenden Synodenbeiträge verringern sich von 0,55 auf 0,50 Prozent des Staatssteueraufkommens. Der Solidaritätsbeitrag bleibt mit 0,25 Prozent unverändert. Die Regionalbeiträge, basierend auf den Gastarbeitersteuern, werden von 4,2 auf 4 Prozent gesenkt. Gutgeschrieben wird den KG zudem anteilmässig zum Fremdsprachigenbeitrag (resultierend aus Solidaritäts- und Regionalbeitrag) der Buchgewinn aus dem Verkauf der Liegenschaft Kirchstrasse 86 in Grenchen von 212 000 Franken. Bereits 2010 wurde der Buchgewinn der Liegenschaft Adler in Solothurn von 768 000 Franken ausgeschüttet.

Treuhänder Dominik Portmann von der Fazit AG in Gerlafingen, welche die operative Geschäftsführung der Synode innehat, erläuterte an der Synodalversammlung im Pfarreizentrum Dulliken die einzelnen Budgetposten. Das Budget der Gesamtrechnung weist bei einem Aufwand von 2 805 902 Franken einen Ertragsüberschuss von 56 865 Fran-

ken aus. Den Wind aus den Segeln nahm Synodalratspräsident Hansjörg Brunner bei den Kosten der Anderssprachigenseelsorge. «Die Missionen sind ein Dauerthema», sagte er. Der Synodalrat fasse Einsparungen durch Zusammenlegen von Missionen ins Auge, eventuell auch kantonsübergreifend. Darüber informiere er in einem Jahr.

Kurt von Arx vom Ressort Finanzen hob die Hauptaufgaben der Synode hervor, die sich mit «Geld und Geist» befassen müsse. «Obwohl die Kirche immer wieder in der Kritik steht, ist sie für viele Menschen eine wichtige Institution.» Die Unterstützung finanzschwächerer Kirchgemeinden und die Finanzierung wichtiger Aufgaben in der Diakonie sowie in der sozialen Arbeit hätten Priorität. Auch unterstützt die Synode mit 80 Prozent die Kosten bei der Umsetzung des Pastoralen Entwicklungskonzepts. Angestrebt wird damit eine vertiefte Zusammenarbeit mit gegenseitigem Ergänzen, Vertreten und Ablösen.

Grosse Bedeutung misst die Synode der Gehörlosenseelsorge zu. Seit Dezember 2009 betreut Felix Weder in einem 25-Prozent-Pensum die Seelsorge. Der Synodalrat beantragte eine Erhöhung der Stellenprozentage dieser Fachstelle für die Bistumskantone Solothurn und Bern auf 50 Prozent. Dass diese Seelsorge im Kanton eine lange Tradition hat, zeigte Gudula Metzler von der Regionalleitung der Bistumsregion St. Verena auf. Gehörlose bräuchten das Gefühl, verstanden zu werden. Die Seelsorge wolle zuhören und offen sein für diese Menschen. Dabei soll die Gemeinschaft in Gottesdiensten und Anlässen gepflegt werden.

Präsidentinnenwechsel beim Solothurner Spitex-Verband

Spitex Beim Spitex-Verband Kanton Solothurn (SVKS) wechselt das Verbandspräsidium von Kathrin Lanz zu Sigrun Kuhn.

VON GUNDI KLEMM

Mit herzlichem Beifall der von 37 Spitexorganisationen aus dem Kanton besuchten Delegiertenversammlung wurde Sigrun Kuhn (Zuchwil) als neue Verbandspräsidentin begrüsst. SVKS-Vorstandsmitglied Bea Heim hatte Kuhn als qualifizierte Fachfrau auf allen Ebenen des Gesundheitswesens vorgestellt. Beruflich ist die Gewählte als Geschäftsführerin der Spitexdienste Langenthal und Umgebung tätig. Für ihre neue Verpflichtung wird sich Kuhn als Zuchwiler Gemeinderätin von ihrem Amt als Präsidentin der Freisinnigen Ortspartei trennen.

Seit vielen Jahren Verband geprägt

Nach 15 Jahren Vorstandsmitgliedschaft, davon fünf Jahre als Präsidentin, wurde die bisherige Amtsinhaberin Kathrin Lanz verabschiedet. Bea Heim hob in ihrer Würdigung hervor, wie stark Lanz durch ihre Arbeit den SVKS geprägt und ihn zu einem wichtigen Player im kantonalen Gesundheitswesen geformt habe. Als besonderes Merkmal betonte sie die von Kathrin Lanz geleistete Beziehungs- und Vernetzungsarbeit: «Mit ihrer Herzlichkeit und Sachkenntnis hat sie Türen geöffnet.» Neben ihrer Arbeit als Geschäftsführerin der Spitex Stadt So-



Kathrin Lanz (links) übergibt an Sigrun Kuhn. gku

lothurn habe sie ein immenses Pensum bewältigt und mit Weichenstellungen das Fundament für die Zukunft der Spitexarbeit gestaltet.

Erweitert in Anbetracht der vielen Aufgaben wurde der Vorstand durch die Wahl von Jacques Schori (Derdendingen). Der als Leiter des Wohn- und Pflegeheims St. Niklaus/Koppigen tätige Spitalverwaltungsfachmann verfügt über eine breite Ausbildung im Gesundheitsbereich. Schori warb vor den Delegierten für mehr Kooperation zwischen Organisationen und Institutionen in der Pflege und Altersbetreuung.

Auftrag zur Positionierung erfüllt

Regionale Spitexvertretungen reichten Ende 2009 einen Antrag ein, wonach der SVKS seine strategische Positionierung und sein Mehrjahresprogramm 2011–15 in Grundlagentexten eindeutig formulieren soll. Unter Beizug eines externen Fachmanns und unter Mitwirkung von Basisorga-

nisationen fand in den rückliegenden Monaten die Erarbeitung der strategischen Ziele und der Aufgabenplanung statt. Es handle sich um viel versprechende Unterlagen, lobten zwei Votanten, die indes fanden, dass die Kompetenzen zwischen Dachverband und Organisationen passagenweise nicht eindeutig abgegrenzt seien.

Nach längerer Aussprache, in der eine nochmalige redaktionelle Überarbeitung und erneute Vorlage gefordert wurde, entschied sich die Mehrheit für eine Genehmigung des vorhandenen Arbeitspapiers gemäss SVKS-Antrag. Lanz, die durch die Versammlung führte, sicherte «nochmaliges sorgfältiges Strahlen» zu. Aus der Pro Senectute wurde angeregt, den für 2011 besonders engen und anspruchsvollen Zeitplan nicht zu überladen.

Infos zur Patientenbeteiligung

Schliesslich orientierte Marcel Chatain (Amt für soziale Sicherheit) ausführlich über Eckpunkte der neuen Pflegefinanzierung. Insbesondere interessierten die Neuerungen bei der ambulanten Pflege, wie sie der Regierungsrat beschlossen hat. Sofern keine Einsprache erfolgt, werden die Vorgaben des Bundes bezüglich Patientenbeteiligung in zwei Jahresstufen umgesetzt. Maximal wird der tägliche Selbstbehalt auf 8 Franken (2011) und Fr. 15.95 (2012) – anteilig jeweils umgerechnet auf den 5-Minuten-Takt in der Spitex – lauten. Die Organisationen werden ihre Klientschaft brieflich auch bezüglich Antrag auf Hilfenentschädigung informieren.